

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 568

Mittwoch, 15. Oktober 2014

21. Jahrgang

Organisierte Kriminalität in Gefängnissen unter Führung von Byron Lima Oliva

Teil 2: Das Unbehagen des Innenministers

Das Unbehagen des Ministers

Das Telefon von Mauricio López Bonilla, Minister des Innern, klingelte am 3. September um kurz nach 6 Uhr morgens. Am anderen Ende war Edgar Joshua Camargo Liere, der Leiter der Generaldirektion des Gefängnisystems (DGSP). „Sie durchsuchen meinen Wohnsitz und haben einen Haftbefehl gegen mich“, teilte er dem Minister mit. Dieser Anruf war eine erste Warnung, denn es war der Minister gewesen, der Camargo 19 Monate zuvor mit grossem Tamtam auf seinen Posten gebracht hatte. Und der nun Gegenstand von Ermittlungen durch die CICIG war. Der Anruf war der Beginn eines harten Tages für López Bonilla. Nachdem ihn Iván Velásquez Gómez, der kolumbianische Leiter der CICIG, am Mittag nachdrücklich über die Ermittlungen informiert hatte, wählte der Innenminister einen nüchternen Ton: „Das ist ein Fall, der seit längerem durch die CICIG und die Staatsanwaltschaft (MP) untersucht wird. Als Innenminister kann ich hierzu nur meine umfassende Kooperation anbieten“, sagte er gegenüber ReporterInnen. Dabei erwähnte er weder die Namen der Beschuldigten, noch stimmte er den Worten des Leiters der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit zu: „Dies ist nicht das Ende einer Untersuchung, das ist die erste Phase.“ Die Unbeholfenheit von López Bonilla war nicht unbegründet. Im Februar 2013 hat er, nachdem Lima Oliva die Haftanstalt Pavoncito verlassen hatte und dann wieder festgenommen worden war, den damaligen Leiter des DGSP, José Luis González Pérez, entlassen und durch Camargo Liere ersetzt.

An jenem 20. Februar 2013 zog Camargo, ein Absolvent der Polizeischule von Chile und versehen mit einem Abschluss in Ressourcen Management und Technologie, ein lachsfarbenes Hemd an und band sich eine Krawatte mit Punkten um. Er gefiel sich mit seinem gestutzten Bart und seinem leichten Lächeln, als er als Generaldirektor des Gefängnisystems, eine Position, für die er kaum Erfahrung hatte, vereidigt wurde. Zuvor, genauer gesagt seit 2008, war Camargo Direktor des Exekutivsekretariats der Kommission gegen Sucht und illegalen Drogenhandel (SECATID), eine Einheit des Sekretariats des VizepräsidentInnenamtes, gewesen. Und davor war er Direktor der Schule für Gefängnisstudien und arbeitete für eine Bildungseinrichtung der Polizei in Mixco. Was noch am ehesten mit seiner Aufgabe zu tun hatte, war, dass er Mitglied einer Gutachtergruppe war, die im November 2012 an einer Ausschreibung für den Bau und die Ausstattung von Gefängnissen (Umfang: 543 Mio. Quetzales, etwa 53,2 Mio. Euro) teilnahm. Der Zuschlag wurde zwar einer Firma in Las Vegas (USA) gewährt, doch brachte ihn die Ausschreibung in engen Kontakt mit Carlos Castellanos Fabian, einem Freund des Innenministers.

Aus der Sicht von López Bonilla hatte Camargo eine hervorragende Arbeit für die Stärkung der Schule für Gefängnisstudien geleistet und seine Arbeit mit verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft in der Frage der Rehabilitierung von Häftlingen gab ihm das „volle Vertrauen“, die Kontinuität im Hinblick auf den strategischen Plan des Gefängnisystems zu gewährleisten, oder zumindest auf das, was er darunter verstand. Am selben Tag übernahm Edy Fisher Arbizú, bisher stellvertretender Direktor für Operatives, die allgemeine stellvertretende Geschäftsführung der Institution. Arbizús Amt übernahm Néstor Rainier García Contreras. „Für mich garantieren die beiden Beamten ein hohes Arbeitsniveau und bürgen für Zuverlässig-

Inhaltsverzeichnis

Organisierte Kriminalität in Gefängnissen unter Führung von Byron Lima Oliva Teil 2: Das Unbehagen des Innenministers.....	1
Wütende Aussagen und offizielle Anklage.....	3
Erste Anhörung im Prozess um den Brand der spanischen Botschaft.....	3
Harsche Kritik an der Wahl der RichterInnen des Obersten Gerichtshofs und des Berufungsgerichts. .	4
Biopsie, Oktober / von Diana Vásquez Reyna: Die Fortschritte sehen.....	6

keit, da sie die Kooperationsprogramme der US-Agentur für nationale Sicherheit (NSA) durchliefen“, sagte López Bonilla.

Fisher, Partner und Freund

JournalistInnen versammelten sich in dem Konferenzraum im achten Stock der Staatsanwaltschaft und schienen einen Schuldigen finden zu wollen. So machten sie López Bonilla zur Zielscheibe der Kritik. Wieso sollte man das auch nicht tun in Anbetracht der Verteidigung, die der Minister angesichts der Ernennungen von Camargo und Fisher vorbrachte? Warum die Ernennungen nicht in Frage stellen, nachdem *el Periódico* Ermittlungsergebnisse veröffentlichte, die direkte Verbindungen zwischen den Beteiligten aufzeigten sowie eine gemeinsame Vergangenheit als Waffenbrüder zwischen Fisher und Lima Oliva? Da bleibt den JournalistInnen ja nichts anderes übrig als zu fragen. Wie in den Jahrbüchern der Polytechnischen Schule angegeben¹, waren Lima Oliva und Fisher Klassenkameraden im Abschlussjahrgang 1984 der militärischen Institution. Der gleichen Generation gehören ebenfalls Juan de Dios Rodríguez, Präsident des Instituts für Soziale Sicherheit in Guatemala (IGSS) und ehemaliger Privatsekretär des Präsidentsamtes, Stuart Galdámez Ernesto Juárez, stellvertretender Vorsitzender der Patriotischen Partei im Departement Quiché, und Edgar Roland Hernandez Franco, ehemaliger Chef der Abteilung für Beschaffung und Versand des DGSP, an.

Fisher selbst bejahte in einem [Interview](#) mit *La Hora* (26. Sept. 2013)² seine Freundschaft mit Lima Oliva: „Byron ist mein Freund, in der Armee waren wir es jedenfalls. Er ist Teil meines Lebens. Ich kann diese Realität, von der jeder weiss, nicht verleugnen.“ Ihre Freundschaft wäre vielleicht auch gar nicht für relevant erachtet worden, wenn es nicht Fisher gewesen wäre, der Lima Oliva die Erlaubnis erteilte, mit einem Fahrzeug das Gefängnis Pavoncito zu verlassen und jener nicht im Februar 2013, angeblich sich auf dem Rückweg von einer Zahnbehandlung befindend, festgenommen worden wäre. Dieses Vorkommnis wurde zum Ausgangspunkt für die Ermittlungen der CICIG.

Zwei Tage nach der Vereidigung der neuen Beamten, musste López Bonilla in den Medien die Ernennungen der beiden verteidigen. Dabei erinnerte er daran, dass beide verschiedene Zuverlässigkeitstests bestanden hätten. Er versicherte ausserdem, dass Fisher bei seiner Unterschrift unter die Erlaubnis des Autoausflugs Limas nur Teil einer „Befehlskette“ gewesen war, also dem Befehl des später entlassenen Direktors González befolgte. „Man hätte wegen der Zugehörigkeit von Fisher und Lima Oliva zur gleichen Klasse vielleicht Verdacht schöpfen können, aber es war nun mal mein Team“, sagte der Minister. (..)

Selbst Präsident Otto Pérez Molina gab an, dass diese Auswahl ideal war. „Sie können sicher sein, dass wir bei der Auswahl eines Direktors vorsichtig sind“, sagte er. Dann erweicht seine Rede: Wenn es Beweise für die Beziehung zwischen Mitarbeitern und Beschuldigten geben sollte, so würden diese untersucht, und, wenn nötig, dürfe nicht gezögert werden, die Mitarbeiter zu entlassen. „Wir werden nicht zulassen, dass Missbräuche weiter bestehen, dass die Häftlinge weiterhin tun, was sie wollen“, äusserte Molina. Gleichwohl war von Ermittlungen gegen Camargo und Fisher lange nichts bekannt gewesen.

Nicht einmal dann, als der stellvertretende Direktor für Operatives der DGSP, Néstor Rainier García Contreras, drei Tage nach seinem Eintritt in die Behörde auf einem Foto zu sehen war, auf dem dieser mit Lima Oliva und einigen Hostessen auf einer Veranstaltung posierte, die die Insassen von Pavoncito organisiert hatten. Es ist auf der Facebook-Seite von Lima Oliva zu sehen. Ein Bild, das Camargo später in seiner Bedeutung herunterspielte, denn „Häftlinge wollen immer Selfies mit der Anstaltsleitung machen“. Sechs Monate später verliess García Contreras seinen Posten als Subdirektor und sechs weitere Monate später, im Februar 2014, verliess Fisher die Subdirektion des Strafvollzugssystems und wurde durch Silvia Guniea Chavarria ersetzt. Danach arbeiteten beide nach den Bestimmungen des Beschaffungsamts Reglon 189 des Innenministeriums. Der erste erhielt einen Jahresvertrag als Techniker für Material und Verteidigungsausrüstung in der Subdirektion für Studien und Informationen des Nationalen Zivilen Polizei (PNC) mit einem Monatsgehalt von 15.000 Quetzales (1.470 Euro), der zweite einen befristeten Vertrag (Mai-Dezember) als Techniker im Zentrum für Koordination und Institutionelle Information (Cecoin) für ein Monatsgehalt von 20.000 Quetzales (ca. 1.960 €).

Vorwürfe von Lima Oliva

Wenn es schon auf der Pressekonferenz mit Kritik auf Innenminister López Bonilla hagelte, so wurde die Aussage von Lima Oliva, die dieser auf dem Weg zum Gerichtsgebäude machte, für den Minister zu einer noch bittereren Erfahrung. Lima Oliva war verärgert. In genau 48 Stunden würde er eine Anhörung haben, die ergeben sollte, ob sein Prozess wegen Urkundenfälschung platzen wird. In diesem Falle könnten seine Anwälte einen Antrag auf Straferlassung stellen. „Immer wenn sich die Möglichkeit auftut, in Freiheit zu kommen, gibt es irgendein Problem“, sagte er ReporterInnen. Und dann sagte er, er habe genug Geld für all das Eigentum und Fahrzeuge, dafür hätte er – im Gegensatz zur Argumentation der Staatsanwaltschaft – keine Zahlungen für illegale Verlegungen gebraucht. Zugleich gab er an, dass er den Präsidentschaftswahlkampf der Patriotischen Partei (PP) unterstützt habe. „Es sind die gleichen Fahrzeuge – die eines heute Beschuldigten und die in der Kampagne verwendeten“, erklärte er und setzte noch einen drauf: „Ich selbst habe dem Minister eine Liste von Namen für die Posten in der DGSP gegeben.“ Stunden später räumte López Bonilla in der Talk-Show „Um 8:45“ von Kanal Antigua ein, dass beides wahr sei.

Der Hauptmann war jedoch mit seinen Beschuldigungen noch nicht am Ende: López Bonilla habe eine wöchentliche

Gebühr für jedes Gefängnis gefordert. „Das waren 100.000 Quetzales (knapp 10.000 €) pro Woche. Das haben wir abgelehnt.“

Der Minister war wütend auf ihn, sagte er, weil er das Angebot der Regierung von Taiwan, 543 Mio. Quetzales (55 Mio. €) für den Bau und die Ausstattung von neuen Gefängnissen im Jahr 2012 zu zahlen, vereitelt haben soll. „Das Problem des Ministers ist, dass ich ihn ruiniert habe. Ich sprach mit dem taiwanesischen Botschafter Adolfo Sun und sagte ihm, dass die Firma, über die das Geld laufen sollte, ein Hirngespinnst sei“, erklärte Lima. Es war nicht möglich, den Wahrheitsgehalt dieser Informationen mit taiwanesischen Diplomaten abzugleichen.

López Bonilla bot natürlich eine andere Version: die Tatsache, dass es aus rechtlichen Gründen unmöglich war, ihn aus Pavoncito in ein anderes Gefängnis zu verlegen, obwohl er ein verurteilter Verbrecher war und nicht eine Person, die eine neuerliche Verurteilung erwarten würde, belastete die Beziehungen, die sie seit dem Tage hatten, als Lima Oliva sich erinnerte, dass der Minister sein Lehrer in der Polytechnischen Schule war.

„Ich habe alle E-Mails, alle Texte, alle Fotos und alle Videos, die mir der Innenminister geschickt hat, und ich stelle sie zur Verfügung, da hier eine Verschwörung gegen mich im Gange ist“, sagte Lima dem Untersuchungsrichter.

Nun wurden Lima Oliva und die anderen Inhaftierten in das Mariscal Zavala übergeben, während Camargo Leire ins Krankenhaus gebracht wurde und Alejandra Sarai Reyes Ochoa ins Frauengefängnis Santa Teresa in Zone 18. „Sie wollen mich in ein Hochsicherheitsgefängnis bringen, mit der Absicht, mich zu ermorden. Sie planen, mich zu beseitigen!“, schrie Lima Oliva beim Verlassen des Gerichtsgebäudes. Das werden nicht die letzten Worte des Hauptmannes in diesem Fall gewesen sein.

1) Die Liste ist einsehbar unter http://www.plazapublica.com.gt/sites/default/files/promocion_108.jpg

2) Das Interview findet sich hier: http://issuu.com/lahoragt/docs/diario_la_hora_16-12-2013/6

Wütende Aussagen und offizielle Anklage

Guatemala Stadt, 25. Sept. Byron Manuel Lima Oliva wird vorgeworfen, das Einschmuggeln von Mobiltelefonen und anderen Elektrogeräten kontrolliert zu haben, regelmäßige Gefangenenbesuche ausgehandelt und die Überführung von Gefangenen an andere Haftzentren gegen Geldzahlungen koordiniert zu haben. Diese Vorgänge seien mit Hilfe des Direktors des Strafsystems, Edgar Camargo, und anderen Beamten umgesetzt worden. Gegen Ende September entschied der Richter Miguel Ángel Gálvez, dass der Häftling Lima Oliva sich dafür vor Gericht zu verantworten habe. Damit gab er den Anschuldigungen, die die CICIG und die Staatsanwaltschaft (MP) ihm zur Last legen, Recht.

Als Beweise legten die CICIG und die MP Telefonaufnahmen vor, in denen der Beschuldigte Gefängnisverlegungen besprach und Lima somit, gemäss Angaben von Gálvez, als Koordinator der Aktionen ausweisen sowie seinen Einfluss auf den damaligen Direktor des Gefängnisses aufzeigen.

Die ErmittlerInnen brachten ausserdem verschiedene Berichte und Fotografien über die Besitztümer des Beschuldigten vor, die er vermutlich auf illegale Weise beschaffte. Darunter befinden sich Häuser, Autos und Pferde, die unter den Namen von Familienangehörigen und Nahestehenden von Lima laufen, vermutlich mit Geld aus den Verlegungen gekauft. Lima Oliva gab gegenüber der Prozessaufnahme an, dass ihn die offizielle Anklage zum Lachen brächte und er keine Angst habe. Ausserdem stritt er die ihm zur Last gelegten Verbrechen ab. Das Geld zum Kauf seines Besitzes habe er durch den Schönheitssalon seiner Partnerin verdient und geerbt.

Wie zu Beginn der Anhörungen gegen Lima Oliva erklärte dieser, dass er keine Geldwäsche aus dem Gefängnis heraus betrieben habe. Seine neuerliche Verfolgung habe politische Gründe und sei ein Rachefeldzug eines anderen Militärs gegen ihn, nämlich des Oberstleutnants Mauricio López Bonilla, zur Zeit Innenminister. Lima Oliva behauptete auch, dass der Neffe des Ministers, Jesús Ramírez Bonilla, bekannt unter dem Namen „Chus“, „Águila“ oder „18“, Tausende Quetzales von Verurteilten in verschiedenen Gefängnissen abkassiert habe. Zugleich erklärte er, dass die CICIG mit ihren Ermittlungen erst begonnen habe, nachdem er sich geweigert hatte, mit ihnen bei der juristischen Aufarbeitung der extralegalen Hinrichtungen in Pavón im Jahre 2006 zusammenzuarbeiten.

Neben Lima wurden auch der Ex-Subdirektor Edy Fisher Arbizú wegen Nichterfüllung seiner Pflicht und weitere Komplizen von Lima Oliva wegen Geldwäsche, illegaler Vereinigung u.a. vor Gericht gestellt. Sie verbleiben bis zum Prozessbeginn in der Militärbrigade Mariscal Zavala, wo sie seit dem 3. September, dem Tag ihrer Festnahme, inhaftiert sind. (CEG,EP)

Erste Anhörung im Prozess um den Brand der spanischen Botschaft.

Guatemala, 01. Okt. 34 Jahre nach dem Brand in der spanischen Botschaft, bei dem 37 Personen, darunter 22 BäuerInnen, umkamen, begann am 1. Oktober 2014 der Prozess gegen den Ex-Chef des Kommando 6 der ehemaligen Nationalpolizei (PN), Pedro García Arredondo. Er ist der einzige Angeklagte in diesen Massenmord.

García Arredondo wird beschuldigt, die Befehle seiner Vorgesetzten befolgt zu haben, damit niemand den Botschaftssitz an jenem 31. Januar 1980 verlassen konnte. An diesem Tag hatte eine Gruppe von BäuerInnen das Gebäude friedlich

besetzt um Gehör zu finden für ihre Anklagen gegen die Menschenrechtsverletzungen, die die Armee an ihnen und ihren Gemeinden verübte.

Zu Beginn des Prozesses gab der Ex-Polizeichef an, dass er „unschuldig vor Gott“ sei und die Verteidigung versuchte den Prozess zu stoppen, was aber das Gericht verweigerte.

Danach begannen die Zeugenaussagen, darunter die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Ihr Vater Vicent Menchú befand sich unter den Opfern. Ein weiterer Zeuge ist Professor Mario Aguirre Godoy, der sich zum Zeitpunkt der Besetzung der Botschaft durch die BäuerInnen in dem Gebäude befand. Er sagte aus, dass er, als er die Botschaft betrat, die BäuerInnen sah und auch, dass einige von ihnen in Tüchern eingewickelte Arbeitsinstrumente trugen, Mächen, wie er später erkannte. Über das Konfliktpotential der Situation wurde er sich aber erst klar, als Sicherheitskräfte eine Schneise schlugen und ihn herausbrachten, erzählte der Zeuge. Weitere Aussagen von ZeugInnen und ExpertInnen stehen noch bevor.

Die spanische Regierung bestätigte, dass sie den Prozess mit Interesse verfolge und darauf vertraue, dass die Schuldigen verurteilt werden. Dieser Vorfall war „eine klare Verletzung der diplomatischen Immunität der spanischen Repräsentation in Guatemala“, gab eine Presseerklärung der spanischen Regierung an. In dem Massaker starben der spanische Konsul Jaime Ruiz del Árbol und die spanischen BürgerInnen Luis Felipe Sanz und María Teresa Vázquez zusammen mit 34 Guatemaltekinnen. (SV, PL, EP LH)

Harsche Kritik an der Wahl der RichterInnen des Obersten Gerichtshofs und des Berufungsgerichts

Guatemala, 8. Okt. Die Kritiken an dem Verlauf und Ergebnis der Wahl der RichterInnen des Obersten Gerichtshofs und des Berufungsgerichts, die am 26. September abgeschlossen wurde, verschärfen sich in den letzten Tagen und kamen aus unterschiedlichen Lagern.

Kritik der RichterInnen: Claudia Escobar Mejía, Richterin des Fünften Zivilen Berufungsgerichts, stellte die Ablehnung ihrer Wiederernennung auf den Posten als eine der neuen RichterInnen des Obersten Gerichtshofs in Aussicht, wenn das Verfassungsgericht nicht bald eine Entscheidung trafe bezüglich der Einsprüche verschiedener Organisationen gegen das Ergebnis der Wahl. 45 weitere RichterInnen unterstützen sie dabei. Wenn dies nicht geschähe, werde die Gruppierung weitere rechtliche Schritte unternehmen. Escobar Mejía begründete die Ablehnung ihres Postens mit den Ungereimtheiten des Wahlprozesses, denn „sie bedrohen die Unabhängigkeit aller RichterInnen“.

Víctor Barrios, Richter des Ersten Zivilen Gerichts und einer der 45 UnterstützerInnen, kommentierte, dass das aktuelle System eine Wahl zulasse, die diejenigen RichterInnen eliminiere, die sich weder erpressen noch kaufen lassen.

Die Präsidentin der Vereinigung von RichterInnen, Anabella Cardona, ist nicht an diesen Protesten beteiligt. Sie wurde als Richterin in das Berufungsgericht gewählt.

Anzeige des PDH: Die AnwältInnen des Büros des Ombudsmann für Menschenrechte (PDH) erarbeiteten in der Nacht vom 7. Oktober eine Anzeige, die sie am darauffolgenden Morgen der Staatsanwaltschaft (MP) präsentierten. Darin werden acht Fehler aufgezählt, die das PDH während des Wahlprozesses der neuen RichterInnen des Obersten Gerichtshofs (CSJ) und des Berufungsgerichts beobachtete.

Über das PDH werden auch die Anzeigen von Claudia Escobar Mejía, dem Anwalt Afonso Carillo und von Helen Mack bearbeitet, d.h. sie werden an die MP weitergeleitet, erklärte der Chef der Institution, De León Duque.

In einer Pressekonferenz bat der Ombudsmann das Verfassungsgericht, die Wahl zu annullieren und den ganzen Wahlprozess zu wiederholen, „damit die Normen und Prinzipien der Verfassung, die richterliche Unabhängigkeit und die internationalen Standards sowie die Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative gewährleistet werden“.

Der Sekretär der Wahlkommission des CSJ, Jorge Calderón, gab an, dass der Ombudsmann aufgrund seiner Funktion verpflichtet sei, die Anzeigen zu stellen, die er für notwendig hält oder wenn Beweise gegen eine Person existieren. Calderón sagte weiter, dass die Kommission das Auswahlverfahren gemäss dem Gesetz befolgte. Was der Zivilgesellschaft offensichtlich nicht gefiele, sei die Wahl des Kongresses, und deshalb wird gefordert, dass sich die Wahl wiederhole.

Jorge de León Duque hatte seine Besorgnis schon während des Auswahlprozesses ausgedrückt. Er wies darauf hin, dass die Zivilgesellschaft die Auswahlkommission, den Kongress und das Verfassungsgericht, welches den Einsprüchen nicht nachgegangen war, direkt verantwortlich macht. Das Verfassungsgericht hat bisher über die 16 Einwände, die während des gesamten Prozesses eingereicht wurden und der Ende September zu Ende ging, noch nicht entschieden.

Kritiken der Zivilgesellschaft: Organisationen der Zivilgesellschaft verliehen in einer Pressekonferenz am 1. Oktober ihrer Unzufriedenheit mit dem Wahlprozess Ausdruck, denn die Abgeordneten des Kongresses versäumten es anscheinend, verschiedene Kriterien der Charta Magna, wie ethische, akademische Leistungen oder anerkannte Ehrbarkeit, mit in die Auswahl einzubeziehen.

Laut Sandino Austurias vom Studienzentrum Guatemala (CEG) zeige die Arbeit der Legislative, dass bestimmte Gruppen existieren, die den Prozess von Anfang bis Ende kontrollierten. Und genau deshalb müsse die Zivilgesellschaft ein-

schreiten Denn auch wenn die Wahl legal ist, so sei sie doch nicht legitim. Die Art der Wahl müsse geändert werden, damit das Justizsystem nicht kollabiert.

Kritik von internationaler Seite: In einer Pressemitteilung vom Zentrum für Gerechtigkeit und Internationales Recht (Cejil), der Stiftung für Due Process (DPFL), der Guatemala Human Rights Commission/USA, dem Büro in Washington für Lateinamerikanische Angelegenheiten (WOLA), der Open Society Justice Initiative (OSJI) und der Internationalen Plattform gegen Straffreiheit werden die an dem Wahlprozess beteiligten Personen ermahnt, ihre Fehler wieder gut zu machen, da es an Transparenz fehlte und politische Verhandlungen sowie Einflussnahme signalisiert wurden, die die Unabhängigkeit der Justiz gefährden.

Auch Gabriela Knaul, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit der Rechtsanwälte und Richter, ist besorgt über den Prozess und empfiehlt, ihn zu wiederholen. Der gleichen Meinung ist Alberto Brunori vom Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Guatemala. Er unterstreicht die Notwendigkeit, eine Reform der Verfassung durchzuführen, um die Wahlen von 2019 zu verbessern. Den internationalen Standards sei nicht gerecht geworden. „Viele der Verhandlungen geschahen nicht während der Sitzungen oder durch einen transparenten Prozess.“, so Brunori. Auch die richterliche Karriere der AspirantInnen sei nicht respektiert worden. Brunori erinnerte daran, dass in der Vergangenheit, wenn die Zivilgesellschaft sich mobilisierte, wichtige Änderungen erreicht worden, z.B. die Absetzung des Generalstaatsanwalts Conrado Reyes.

Ivan Velásquez, Chef der CICIG fasste die Situation zusammen: das Land brauche tiefgreifende Änderungen, damit auch wirklich die Besten in das Oberste Gericht berufen werden, da der aktuelle Prozess eben die Wahl der idealen KandidatInnen nicht garantiert habe. (CEG)

Biopsie, Oktober / von Diana Vásquez Reyna

Die Fortschritte sehen

Lateinamerika hat einen langen und qualvollen Weg hinter sich gebracht, damit seine Gerichtssysteme ihre Funktion erfüllen: auf möglichst objektive Weise effizient zu sein, prompt und für alle gleich gültig. In Guatemala ist ein Gerichtsorgan, das sich damit rühmt, effizient zu sein, noch immer Utopie. Es war peinlich und unverfroren, wie man mit den Auswahlkommissionen (comisiones de postulación) für die Ernennung von BeamtenInnen und RichterInnen für die Besetzung von Ämtern in den wichtigsten Institutionen und Gerichtshöfen umsprang – Prozesse, die nun abgeschlossen wurden, obwohl verschiedene Sektoren Unstimmigkeiten aufzeigten.

Trotz der Einschränkung von Möglichkeiten um die Straftaten der Vergangenheit zu richten, die uns als Gesellschaft noch immer beeinflussen, glauben viele GuatemaltekinInnen an diese Utopie und deshalb kämpfen sie weiter um ein Fünkchen Gerechtigkeit und ein Fünkchen Frieden zu erreichen.

Der Internationale Verband für Menschenrechte (FIDH) und das Zentrum für legale Aktionen für Menschenrechte (Centro para Acción Legal en Derechos Humanos, CALDH) organisierten in Guatemala-Stadt am 17. September das Seminar „Die Rolle der Macht der Justiz im Kampf gegen die Straffreiheit von internationalen Verbrechen“. Diese Aktivität umfasste vier runde Tische, in denen ExpertInnen kurz über die Prozesse und Fortschritte sprachen, die unterschiedliche Länder in Sachen Menschenrechte erreicht haben, mit speziellem Augenmerk auf die Urteile für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggression.

Die Vorstellung und der Vergleich der Prozesse und Erfahrungen der verschiedenen Länder ist grundlegend, um ernsthafte und tiefgründige Debatten über das Internationale Recht anzustossen und verhilft, über die Stärkung der Justiz in den Ländern zu lernen, indem das Beispiel dieser anderen Länder analysiert wird.

Man spricht oft von der enorm wichtigen Rolle, die der politische Willen in der Übergangsjustiz spielt (der direkte Auswirkungen auf das Volk zu Folge hat), um nicht in die Falle von Regierungen zu geraten, die einzig und allein Sicherheit und Entwicklung versprechen und dabei die Justiz aushöhlen. Nach dem Ende der lateinamerikanischen Diktaturen sowie der Diktaturen anderer Länder weltweit muss die Justiz und Rechtsprechung in mehreren Punkten erfüllt sein: die Förderung der Wahrheit und der Fakten, Wiedergutmachungen für die Opfer und die Garantie, dass die Menschenrechtsverletzungen und schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit sich nicht wiederholen.

Es gibt viele Herausforderungen und die vielleicht wichtigste ist die Unabhängigkeit des Richtenden zu wahren. Man darf ihn weder kaufen noch bedrohen, damit er seine Arbeit tut oder auch nicht tut. Viele haben den Fall Guatemala verfolgt und haben erkannt, dass Korruption nicht das Gleiche wie Einschüchterung ist und dass eine kulturelle (koloniale) Beziehung die Gesellschaft durchdringt. Genau diese historisch begründete Kultur erlaubt einen

ständigen Missbrauch in dem hierarchischen System (vom Chef zum Untergebenen, sogar in den Gerichtshöfen). Sie erlaubt weiterhin, dass Interessen existieren, die einen Status Quo erhalten wollen und die deshalb die Handlungen der RichterInnen beeinflussen. Es wurde ein kulturelles Phänomen sichtbar, nämlich das der tiefsitzende Schizophrenie der lateinamerikanischen Eliten, die keinerlei Änderungen wünschen; statt die Möglichkeiten für eine inkludierende und somit reale Entwicklung für die Gesellschaften zu nutzen.

Das ist die grosse Utopie: in der Rechtsprechung müssen die Unabhängigkeit, die Autonomie und die Unparteilichkeit gewahrt werden. Bis jetzt reicht es gerade mal für eine „Rechtsprechung im Rahmen des Möglichen“.

Auf diesem langen Weg hat Guatemala immer wieder Zeichen gegeben, dass der Sinn für Recht und Justiz noch immer vorhanden ist, dank der StaatsanwältInnen, AnwältInnen und RichterInnen, die gegen den Strom schwimmen. Für das Massaker von Río Negro, bei dem 177 Personen starben, die meisten davon Frauen und Kinder, erreichte man zum ersten Mal Gerechtigkeit. Aber das war nur eines der 669 Massaker des inneren bewaffneten Konflikts (626 wurden den Truppen des guatemaltekisches Staates zugeordnet, laut der Recherche der Historischen Wahrheitskommission CEH). Es wurden drei Mitglieder der Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) verurteilt, während die Militärkommissare und der hohe Militärstab unangreifbar blieben.

Es sind wohl nur Ameisenschritte, aber die Ameisen sind eben jene, die 10 Mal ihr eigenes Gewicht tragen. Sie schaffen transzendente Veränderungen, die auch noch die nachfolgenden Generationen sehen und spüren können, denn „es ist möglich, die Mauern der Straflosigkeit zu durchbrechen“, das ist Entwicklung.

Das Seminar kam zu dem Schluss, dass die internationale Rechtsprechung auf allen Kontinenten angewendet wird, von Senegal bis Argentinien. Dadurch wird ein Dialogansatz zwischen nationalen Rechtssystemen und denen der anderen Länder geschaffen, mit dem Ziel, Räume zu artikulieren um ein regionales Justizsystem zu entwickeln. Dieses regionale Justizsystem würde Dinge anerkennen, wie zum Beispiel die Interpretierung des Amnestiegesetzes und das es nicht angebracht ist, es auf ein Syndikat von internationalen Verbrechern auszuweiten.

In einigen Ländern wurden staatliche Politiken konkretisiert um gegen die Praktik von Straffreiheit vorzugehen und man ist sogar so weit gekommen, zivile und wirtschaftliche Sektoren, die an internationalen Verbrechen beteiligt waren, zur Verantwortung zu ziehen; das heisst, alle mutmasslichen Komplizen zu verhaften, gegen sie zu ermitteln und sie zu richten.

Ausserdem hat man es geschafft, die Opfer zu stärken, die mit viel Mut die Politiken der Einschüchterungen zerschlugen. Dank dieser Frauen gehen die Fälle weiter, obwohl Hindernisse auftreten, Widerrufungen, Zurückhaltungen, bürokratische Manipulationen des Gesetzes, etc., die Jahrzehnte verstreichen lassen, bevor es zu einem Urteil kommt. Dank dieser Frauen, denn die Mehrheit der Opfer sind überlebende Frauen, wurde in Guatemala das Unausprechliche ausgesprochen und auf dem Tisch ausgebreitet, mit der Überlegung, was genau unsere Identität ist und wie sie sich in unserer Gegenwart geschmiedet hat.

Auf der anderen Seite ist es fundamental, dass die Gesellschaften selbst Einfluss nimmt, um einen idealen und effizienten Justizorganismus sowie JustizoperatorInnen zu finden, mit dem Ziel, dass die juristische Straffreiheit und die biologische Straffreiheit (aufgrund des Eintreten des natürlichen Todes vieler Täter und Opfer) diese Schlachten nicht gewinnen. Die Politik und das Gesetz gehören nicht nur den PolitikerInnen und AnwältInnen. Die Verteidigung der Rechte des Volks und der Rechte der Verletzlichen sind Teil der Verantwortung der Völker selbst.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6